



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe November 2020

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst das Wichtigste: Ich hoffe, dass Sie bisher bei bester Gesundheit durch die Coronakrise gekommen sind, denn genau darum dreht sich derzeit alles. Auch wenn die Kritik an den getroffenen Maßnahmen, die für viele massive Einschränkungen bedeuten, groß ist und in Teilen immer größer wird, sollte jedem bewusst sein, es geht hier vor allem um den Schutz unserer aller Gesundheit. Doch die Beschimpfungen, insbesondere im Internet und den sogenannten sozialen Medien, nehmen immer weiter zu. Die Corona-Leugner schaffen eine immer breitere Bühne. Schuld sei doch nur „die Merkel“. Ich möchte an dieser Stelle nochmal appellieren: Lasst uns zusammenhalten! Nach wie vor kommen wir in Deutschland besser durch diese Krise als nahezu alle anderen Länder dieser Welt. Ein neuer Impfstoff macht uns Hoffnung. Wenn jetzt jeder an seiner Stelle in den nächsten Monaten dazu beiträgt, dass wir das Infektionsgeschehen geringhalten, haben wir eine große Chance möglichst gut durch diese schwierige Zeit. Solidarität ist das Zeichen der Zeit!

In diesem Sinne alles Gute, passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund.

Kai Seefried

Bäumer und Dammann-Tamke: Niedersächsischer Weg ist bundesweit einmalige Vereinbarung, um Ökonomie und Ökologie zusammenzuführen

Hannover. „Wir können mit Fug und Recht von einem historischen Tag sprechen. Historisch, weil der Niedersächsische Weg bundesweit einmalig ist. Die Vereinbarung zwischen Landesregierung, Landvolk, Landwirtschaftskammer, BUND und NABU mit dem Ziel eines Gesellschaftsvertrags bringt den Naturschutz in Niedersachsen voran und lässt die Landwirte nicht alleine“, erklärt Martin Bäumer, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion für den Bereich Umwelt nach Verabschiedung des Gesetzes zum Niedersächsischen Weg im Landtag.

Der Niedersächsische Weg sei der vernünftige Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. „Und mehr noch, er ist ein weiterer Meilenstein erfolgreicher Politik der Regierungskoalition“, so Bäumer.

Helmut Dammann-Tamke, stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion für den Bereich Landwirtschaft ergänzt mit Blick auf die Beteiligung der Landwirte: „Gehen Sie offensiv und mit einer gehörigen Portion Stolz in die gesellschaftspolitische Debatte in Ihrer Nachbarschaft, in Ihren Dörfern und ggf. in unseren Städten und stehen Sie voller Selbstbewusstsein zu den Vereinbarungen des Niedersächsischen Weges. Dieser ist bundesweit einmalig!“



Die CDU-Landtagsfraktion werde sich zukünftig auch weiterhin für eine starke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft einsetzen, die es verstehe Ökonomie und Ökologie zum Wohle aller zusammenzuführen.

Corona-Sonderausschuss des Niedersächsischen Landtags nimmt die Arbeit auf – Kai Seefried wird Vorsitzender

Hannover. Der Niedersächsische Landtag hat einen Sonderausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, die Bewältigung der Corona-Krise zu analysieren. Es geht darum, jetzt, wo die Erfahrungen und auch mögliche Probleme noch aktuell sind, zu Verbesserungsvorschlägen zu kommen, um in Zukunft besser für ähnliche Situationen gewappnet zu sein. Der Sonderausschuss soll erarbeiten, welche Maßnahmen der Krisenbewältigung durch alle staatlichen Ebenen umgesetzt worden sind, aber vor allem Schlüsse für die Bewältigung von zukünftigen Pandemien und vergleichbaren Ereignissen liefern.



Der Sonderausschuss wird vom Landtagsabgeordneten Kai Seefried geleitet werden. „Ich bin dankbar, diese wichtige Aufgabe des Sonderausschusses übernehmen zu dürfen. Wie man an der derzeitigen Lage sieht, müssen wir in Zukunft noch besser auf Pandemie-Lagen vorbereitet sein, um schlagkräftig und zielgenau agieren zu können.“

Zu den Aufgaben des Sonderausschusses gehören Auswertungen dazu, wie der Krisenstab arbeitet, wie die Beteiligung beispielsweise innerhalb der Landesregierung organisiert ist und auch wie das Parlament Entscheidungsprozesse begleiten und mitentscheiden kann. Neben Aspekten aus den Bereichen der Gesundheitsversorgung und des Infektionsschutzes sollen auch Maßnahmen im Vordergrund stehen, die geeignet sind, die ökonomischen, sozialen, bildungspolitischen und kulturellen Auswirkungen einer Pandemie und notwendiger Einschränkungen im öffentlichen Leben abzumildern. Auch die Entwicklung geeigneter Kommunikations-, Entscheidungs- und Partizipationswege im Hinblick auf die örtlichen Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie die notwendige Anpassung gesetzlicher Regelungen stehen auf der Agenda.

Bäumer: Kleine Novelle der Bauordnung erster Schritt zu mehr Wohnraum – arbeiten hart für große Lösung

Hannover. Die Regierungsfractionen von CDU und SPD wollen noch in dieser Legislaturperiode die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass neuer Wohnraum in Niedersachsen künftig einfacher, leichter und günstiger entstehen kann. Im Rahmen einer kleinen Novellierung der Bauordnung sollen unter anderem weitere Baumaterialien wie Holz zugelassen und Genehmigungsverfahren für standardisierte Bauten wie das „Musterhaus“ verschlankt werden. Für einen Zeitraum von fünf Jahren soll ferner darauf verzichtet werden, Bauherren eines Mehrfamilienhauses in Baulücken zur Errichtung eines Spielplatzes für Kleinkinder zu verpflichten.



„Wir erhoffen uns von dieser Novellierung bereits erste spürbare Effekte, wissen aber auch, dass wir für die Lösung der großen Probleme eine grundlegende Reform der Bauordnung benötigen. Wir werden deshalb in den nächsten Monaten hart dafür arbeiten, dass wir auch an anderen Stellen zu einer vernünftigen Lösung kommen“, sagt Martin Bäumer, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

So weist der Bauexperte auf zahlreiche Ansätze hin, die aus Sicht der CDU-Fraktion geeignet sind, mehr Bauvorhaben zu ermöglichen und diese zu beschleunigen: „Wir müssen die Bauaufsichtsbehörden von bürokratischen Auflagen entlasten, Genehmigungsprozesse stärker standardisieren und digitalisieren sowie die Bearbeitungsdauer für Anträge zeitlich begrenzen. Wir wollen die Aufstockung von Gebäuden in Ballungszentren erleichtern und hierfür die hemmenden Auflagen reduzieren. Auch größere Bauvorhaben könnten vollständig aus modernen Holzwerkstoffen entstehen, die technischen Voraussetzungen sind dafür gegeben.“ Diese Auflistung sei

jedoch nicht vollständig, betont Bäume. Man werde die kommenden Monate intensiv nutzen, um gemeinsam mit dem Koalitionspartner und Vertretern der Wohnungs- und Bauwirtschaft eine große Baurechtsnovelle zu erarbeiten.

Siebels und Nacke: Regierungsfaktionen legen Vereinbarung mit Opposition vor – Fraktionen sollen stärker bei Verordnung beteiligt werden

Hannover. Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU haben der Opposition im Niedersächsischen Landtag einen Kompromissvorschlag vorgelegt, wie das Parlament bei der sogenannten „Corona-Verordnung“ der Landesregierung künftig beteiligt werden soll. Grüne und FDP hatten zuvor unter anderem gefordert, die Gesetzgebungskompetenz zu verlagern. Dieser Forderung erteilen SPD und CDU nun eine Absage: „Das Handeln der Landesregierung ist durch das Bundesinfektionsschutzgesetz hinreichend legitimiert und im Übrigen erforderlich, um zum Schutz der Bevölkerung auf neue Entwicklungen im dynamischen Infektionsgeschehen schnell reagieren zu können. Das kann das von der Opposition vorgeschlagene Verfahren nicht leisten“, so die Parlamentarischen Geschäftsführer von SPD und CDU, Wiard Siebels und Jens Nacke.



Statt eines Gesetzgebungsverfahrens schlagen die Regierungsfaktionen zum einen vor, die Befassung mit der Verordnung im Sozialausschuss aufzuwerten. Dieser soll die jeweils neue Fassung der Corona-Verordnung mindestens einen Tag vor der Veröffentlichung erhalten und über die darin enthaltenen Änderungen diskutieren. Zum anderen soll zu jeder Landtagssitzung ein Tagesordnungspunkt aufgenommen werden, bei dem konkrete Änderungswünsche zur Corona-Verordnung direkt zur Abstimmung gestellt werden können. „Wir wollen eine effektive Einbeziehung des Niedersächsischen Landtages, die Regierung muss aber weiterhin in der Lage sein, schnell auf das dynamischen Infektionsgeschehen reagieren zu können, beides wird

durch unseren Vorschlag sichergestellt. Die Mehrheit des Parlaments in Niedersachsen trägt die Maßnahmen der Regierung zu Pandemiebekämpfung mit“, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels.

„Die Corona-Pandemie stellt die Regierung und das Parlament vor völlig neue Herausforderungen. Wir können den Schutz der Bevölkerung nur sicherstellen, wenn wir schnell auf sich ändernde Umstände reagieren können“, meint der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Jens Nacke. „Mit der vorgesehenen Beteiligung des Landtages stellen wir sicher, dass die gewählten Volksvertreter über jeden einzelnen Punkt der Verordnung diskutieren und abstimmen können. Wir möchten den Oppositionsparteien damit die Möglichkeit geben, sich zukünftig intensiver als bisher in die Regelungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie einbringen zu können.“

Schmädeke: Wolf wird in das Jagdrecht aufgenommen, Initiative der CDU erfolgreich

Hannover. „Lange hat die CDU-Landtagsfraktion es gefordert, jetzt wird es umgesetzt: der Wolf wird in das Jagdgesetz aufgenommen. Das ist ein wichtiges Signal für die Weidetierhalter in Niedersachsen. Ebenso fordern wir sowohl die französische Methodik zur Wolfszählung im nationalen Wolfsmonitoring zu implementieren als auch über die Definition des guten Erhaltungszustandes nach französischem Vorbild eine Untergrenze für die Wolfspopulation festzulegen“, so der Abgeordnete Frank Schmädeke. „Die Regierungskoalitionen werden im kommenden Novemberplenum einen Antrag einbringen, in dem neben den drei genannten Punkten der Bund aufgefordert wird, den Ländern auf Grundlage eigener Wolfsmanagementpläne ein rechtssicheres



Bestandsmanagement zu ermöglichen“, so Schmädeke. „Wir bitten die Landesregierung mit unserem Antrag auch, sich gegenüber der Bundesregierung weiter für eine Weidetierprämie für Schafe und Ziegen einzusetzen. Wir erreichen eine Akzeptanz für den Wolf nur, wenn wir ihn regulieren, den Weidetierhaltern helfen und sie beim Schutz ihrer Tiere unterstützen“, so der Abgeordnete.

Schünemann: Landesweite Gripeschutzimpfung für Polizeikräfte – das Land muss die Kosten voll übernehmen

Hannover. Zum 01. Oktober 2020 wurden die Heilfürsorgebestimmungen für den Polizeivollzugsdienst in Niedersachsen geändert. Danach können sich die Polizeibeamtinnen und -beamten die Kosten für eine Gripeschutzimpfung im Nachhinein zu 50 Prozent vom Land erstatten lassen. „Angesichts des dramatischen Anstiegs der Corona-Fallzahlen ist mittlerweile klar, dass wir uns mitten in einer zweiten Pandemiewelle befinden. Heute werden daher die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten umfassende Maßnahmen beschließen,



die nur dann greifen, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger auch daran halten. Ohne Polizeikontrollen wird das nicht funktionieren“, sagt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann. Die Landesregierung müsse daher alles unternehmen, um die Dienstfähigkeit der Polizei sicherzustellen.

„Dazu gehört auch zwingend eine Gripeschutzimpfung aller Polizistinnen und Polizisten. Die Kosten hierfür muss der Dienstherr in vollem Umfang erstatten. Ich bin mir sicher, dass der Innenminister die fehlenden 50 Prozent der Gripeschutzimpfkosten aus noch vorhandenen Haushaltsreserven für die Polizeidirektionen finanzieren

kann“, so Schünemann. „Für diese Prioritätensetzung haben sicherlich alle Polizeipräsidenten vollstes Verständnis.“ Die zusätzlich anfallenden Kosten beziffert der CDU-Innenexperte auf rund 750.000 Euro.

Schünemann: Schlüsselrolle im Kampf gegen den islamistischen Terror kommt der Justiz zu

Hannover. „Die Anschläge von Nizza und Wien, der Lehrermord in Frankreich und der Mord von Dresden: neun Opfer des islamistischen Terrors. Das waren Angriffe auf uns alle, auf unsere Werte, auf unsere Kultur, auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung“, stellte Uwe Schünemann, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion zu Beginn der aktuellen Stunde fest,

„Eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den islamistischen Terror kommt, neben Polizei und Verfassungsschutz, der Justiz zu. Dank Barbara Havliza wurde bereits viel erreicht: Die Präventionsarbeit wurde massiv ausgebaut, kein Häftling darf vorzeitig entlassen werden, wenn von ihm noch eine Gefahr ausgeht. Der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und der Justiz wurde intensiviert und vertraglich geregelt“, so Schünemann. Bei einer negativen Prognose bei Haftentlassung müssen weitere Maßnahmen eng mit der Polizei abgestimmt werden.

„Ministerin Havliza hat den Vertrag mit Ditib zurecht gekündigt. Von Erdogan gesteuerte Imame haben in Haftanstalten nichts zu suchen. Stattdessen wurde ein Forschungsprojekt „Professionalisierung muslimischer Gefängnisseelsorge“ initiiert“, so der Fraktionsvize. In vier Haftanstalten werde nach neuesten wissenschaftlichen Methoden Seelsorge für Muslime angeboten.

„Islamisten sind „Glaubenskrieger“ – Sie pervertieren den Koran zur Legitimation von Gewalt. Der Salafismus ist die Religion des Terrors Wer das nicht wahrhaben will, der hat den Kampf gegen den Terror schon verloren“, so Schünemann. Deshalb sei es von zentraler Bedeutung, dass Imame in Haftanstalten einen aufgeklärten Islam predigen und die Justiz eng mit den Imamen zusammenarbeite.

Jasper: Eindruck darf nicht entstehen, dass Kultur nur eine Nebenrolle spiele – Sie kann dazu beitragen, die Demokratie zu stärken

Hannover. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie betreffen jeden und ziehen sich durch alle Lebensbereiche. Dazu gehören auch die Sorgen um den Bestand der kulturellen Einrichtungen und die dortigen Arbeitsplätze. „Ich habe viele Nachrichten von Soloselbstständigen und Beschäftigten erhalten. Trotz großer Kreativität sind die Probleme kaum lösbar“, so der CDU-Kulturexperte Burkhard Jasper.

Durch den zweiten Lockdown mache sich in der Veranstaltungs- und Kulturbranche Hilflosigkeit und Angst breit. „Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass in dieser Zeit Kultur nur eine Nebenrolle spiele. Vielmehr kann Kultur dazu beitragen, den Menschen Zuversicht zu geben, den Zusammenhalt zu verbessern, populistische und die Gesellschaft spaltende Bewegungen zu schwächen und die Demokratie zu stärken“, so der Abgeordnete.

Die Kultur- und Kreativbranche fördere durch ihre Aktivitäten den Tourismus und sei somit ein bedeutsamer Faktor für die Wirtschaft. „Der Antrag von CDU und SPD bezieht sich nun auf die konkreten Hilfsprogramme. Durch das Corona-Sonderprogramm für gemeinnützige Kultureinrichtungen und Kulturvereine wurde ein Beitrag zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur geleistet. Der Landtag hat Mittel zur Kofinanzierung des Bundesprogramms ‚Neustart Kultur‘ zur Verfügung gestellt. 10 Millionen Euro umfasst der Fördertopf ‚Niedersachsen dreht auf‘“, so Jasper weiter.

Die Maßnahmen sollen nun ergänzt und die Mittel für Projekte zum jetzigen Zeitpunkt nicht zurückgezahlt werden. Unter bestimmten Bedingungen sollen auch kommerzielle Angebote in der Club-, Kneipen- und Festivalzene profitieren können. „Das Bundesprogramm ‚Neustart Kultur‘ soll einfacher, übersichtlicher und bürokratieärmer werden. Hier gibt es gute Ansätze auf Bundesebene, die wir unterstützen wollen“, so Jasper.

„Dieses Bündel von Maßnahmen soll die Bedeutung der Kultur unterstreichen und das klare Signal aussenden, dass der Landtag die Vielfalt der Kultur in Niedersachsen erhalten und auch in Zukunft fördern will. Wir wollen der Kultur in dieser schwierigen Zeit eine Perspektive geben“, so Jasper abschließend.

Schmädeke: Bestandsregulierung alternativlos, um Akzeptanz für Wolf zu schaffen – CDU warnt vor Ende der Weidetierhaltung

Hannover. „Es zeigt sich mehr als deutlich, dass ein Beutegreifer, der sich ohne einen natürlichen Feind in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft exponentiell ausbreitet und immer größeren Schaden anrichtet, durch den Menschen gemanagt werden muss“: Mit einem eindringlichen Appell an die Vernunft von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat CDU-Agrarexperte Frank Schmädeke den Bund erneut aufgefordert, einen günstigen Erhaltungszustand nach französischem Vorbild und damit eine Untergrenze für den Wolfsbestand festzulegen. Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion will die CDU nun in Vorleistung gehen und mit der Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht für den Fall gerüstet sein, dass die Bundesregierung den erforderlichen Strategiewechsel vollzieht.

Nicht nur Niedersachsen warte auf eine zügige Umsetzung durch die Bundesumweltministerin, um endlich ein rechtssicheres, effizientes und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiertes Wolfsmanagement etablieren zu können, so Schmädeke weiter. „Bei einem exponentiellen Wachstum der Population werden auch die damit verbundenen Schäden exponentiell zunehmen. Der Schadensausgleich würde so zu einer kaum zu kalkulierenden finanziellen Belastung für die Steuerzahler, bis es irgendwann keine Weidetierhalter mehr gibt, deren Schäden zu kompensieren wären.“



TERMINE KAI SEEFRIED

12. November 19.00 Uhr

Web-Meeting der MIT
Kreisverband Stade

15. November ab 10.00 Uhr

Kranzniederlegung zum Volks-
trauertag in Drochtersen und
Assel

16. November 12.30 Uhr

Gespräch zur Verschlickung an der
Este mit Bürgerinitiative und
Staatssekretär Ferlemann

19. November 12.00 Uhr

Besuch des Vincent-Lübeck-
Gymnasiums in Stade

24. November 13.30 Uhr

UVN Lunch-TALK mit Minister Dr.
Bernd Althusmann

28. November 10.30 Uhr

Kommunalpolitisches
Haushaltsgespräch als
Videokonferenz

02. Dezember 19.30 Uhr

CDU-Kreisvorstand

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

12. November 19.00 Uhr

Web-Meeting der Mittelstands-
vereinigung im Kreisverband
Stade

16. November 13.30 Uhr

Klausurtagung des geschäftsf.
CDU-Fraktionsvorstands zum
Haushalt 2021

17. November 10.00Uhr

Fraktionssitzung zum Haushalt
2021

28. November 10.30 Uhr

Kommunalpolitisches
Haushaltsgespräch als
Videokonferenz

02. Dezember 19.30 Uhr

CDU-Kreisvorstand

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine
kleine Auswahl der Termine der beiden
Landtagsabgeordneten.*

„Die Idee, unsere Weidetiere einfach flächendeckend mit sogenannten wolfsabweisenden Zäunen zu sichern und Halter für die Risse zu entschädigen, um damit alle Probleme zu lösen, ist gescheitert. Die Erfahrung zeigt: Egal, wie hoch der Zaun ist, Wölfe wachsen an dieser Aufgabe und werden den Zaun irgendwann überwunden haben“, sagt der Agrarpolitiker. Hilflos müssten die verbliebenen Weidetierhalter dann zuschauen, wie ihre Tiere Nacht für Nacht dezimiert werden. Und dann helfen auch keine Billigkeitsleistungen des Landes, die Weidetierhalter hören auf.“

Für sein heimisches Lichtenmoor ist es bereits zu spät: „Dort ist nicht mehr viel übrig, was noch gerissen werden könnte. Viele Weidetiere sind aus der Landschaft verschwunden und ihre Halter haben aufgegeben. Der Bund muss nun zügig handeln, um den anderen Regionen dieses Schicksal zu ersparen“, so Schmädeke abschließend.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Poststr. 34
21682 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de